



anstand halten

Eine Krisenregion in
der Corona-Krise

demokratie & krise

Die Corona-Pandemie legt die Schwäche autokratischer Herrschaft offen.

von Thomas Uwer (wadi)

Ende Mai hat das sog. »Corona-Kabinettt« ein »Schutzschild für Deutschland« verkündet, das »haushaltswirksame Maßnahmen« im Umfang von über 350 Milliarden Euro sowie Garantien von über 800 Milliarden Euro umfasste, davon 50 Milliarden Euro Soforthilfen für Kleinunternehmen, je 100 Milliarden Euro direkte Kapitalmaßnahmen und Refinanzierung von KfW-Krediten sowie 400 Milliarden Euro Kreditbürgschaften für deutsche Unternehmen. Hinzu kommen Kurzarbeitergeld, Programme zum Erhalt der besonders betroffenen Kultureinrichtungen, Investitionen in die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen sowie ländereigene und europäische Hilfsmaßnahmen. Diese Zahlen deuten an, was in Deutschland und Europa möglich ist, wenn man nur will.

Wie es aussieht, wenn Europa nicht will, erfährt man in den Flüchtlingslagern auf den ägäischen Inseln. Im Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos leben fast 18.000 Menschen in einem ehemaligen Militärlager, das für maximal 3.000 Personen ausgerichtet ist, unter unwürdigen Bedingungen – in Pappverschlägen und Zelten aus Planen, ohne ausreichende sanitäre Einrichtung und grundlegende medizinische Versorgung. Während man hierzulande den freiwilligen Einschluss im Homeoffice kultivierte und gepflegt Albert Camus' »Die Pest« liest (ausverkauft!), findet an den Rändern der EU der erwun-

gene Einschluss als Internierung statt. Den Milliardenhilfen für Automobilbauer, Fluglinien und Schankwirten steht als Geste der Menschlichkeit die Aufnahme von ein paar handverlesenen Flüchtlingskindern aus dem Camp Moria durch die Bundesregierung gegenüber.

Im Irak sieht die Corona-Krise in Zahlen derweil folgendermaßen aus (Stand Anfang Juli): Die Neuinfektionsrate ist im Juni auf über 600 Prozent gestiegen, die Gesundheitsversorgung steht angesichts der hohen Zahlen behandlungsbedürftiger Menschen vor dem vollständigen Zusammenbruch. Eine Studie des Internationalen Roten Kreuzes über die wirtschaftlichen Folgen für die Menschen im Irak ergab: 87 Prozent der Befragten haben infolge des Lock-Downs ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verloren, 68 Prozent haben ihre gesamten Rücklagen bis Ende Juni bereits aufgezehrt, 73 Prozent der Befragten sahen sich bereits im Juni gezwungen, Nahrungsmittel deutlich zu reduzieren. Befragt nach den weiteren Auswirkungen der Corona-Krise, gaben 68 Prozent psychologische Traumata, Stress, Angst und Gewalt gegen Frauen und Kinder in den Familien als größtes Problem an. Die Einnahmen des irakischen Staates lagen 2017 insgesamt bei knapp 64 Milliarden US-Dollar, also nur etwas über der Summe, die in Deutschland als Soforthilfe an Kleinunternehmen ausgezahlt wurde, bei zugleich mehr als 76 Milliarden Ausgaben. Infolge der Corona-Krise und angesichts des weiter niedrigen Ölpreises steht die irakische Regierung mittlerweile vor dem wirtschaftlichen Totalbankrott. Löhne und Gehälter der staatlich Angestellten können seit Monaten nicht mehr ausgezahlt werden. Eine Krise in Zahlen.

Nichts ist neu an dem hier dargestellten Missverhältnis, noch schmälert das größere Leid anderer die konkreten wirtschaftlichen Probleme und psychischen Folgen des Corona-Lock-Downs hierzulande. Und doch ist

**> Dass technokratisch-
autoritäre Regimes
Krisen besser und
effizienter bewältigen
als demokratische
Gesellschaften, ist ein
Irrglaube.**

ein Blick auf die Relationen hilfreich, wenn hierzulande von der »größten Herausforderung seit dem letzten Weltkrieg« (Bundesregierung) gesprochen wird. Nicht nur, weil die Erfahrung einer die gesamte Gesellschaft potentiell bedrohenden Krise nur hier als neuartig empfunden wird, andernorts hingegen zum Alltagsbewusstsein gehört, sondern auch, weil der Vergleich die unterschiedlichen Potentiale sichtbar macht, eine Krise zu bewältigen, die auch, aber eben nicht nur, wirtschaftlicher Natur sind.

Während das neuartige Sars CoV 2 und die damit zusammenhängenden Erkrankungen für die medizinische Forschung in vielerlei Hinsicht immer noch eine Black Box darstellen, wurden gesellschaftlich bereits sehr schnell Wirkungsmechanismen sichtbar, die jenseits rein medizinisch-virologischer Fragen unmittelbar die Verbreitung des Virus und die Folgen für die Bevölkerung betreffen. Der erste Irrglauben, den die Corona-Pandemie widerlegte, war jener, dass zentral gelenkte, hierarchisch organisierte, technokratisch-autoritäre Regimes Krisen besser und effizienter zu bewältigen in der Lage sind, als demokratische Gesellschaften. Tatsächlich erwiesen sich demokratisch regierte Staaten trotz der komplizierten und vielfach zeitaufwändigen Entscheidungsprozesse bislang als nicht weniger erfolgreich bei der Eindämmung der Pandemie als autoritäre Staaten, die ohne größere Legitimationsprobleme Freiheiten großflächig einzuschränken in der Lage sind. Rechnet man die Volksrepubliken China und Vietnam aus der

Gleichung raus, stehen die Demokratien als klar überlegen in der Krisenbewältigung da.

Dies liegt zum einen an den unverhältnismäßig größeren ökonomischen Ressourcen, aber auch daran, dass Maßnahmen, die die Freiheit von Bürgern begrenzen, legitimiert und letztlich von den betroffenen Menschen akzeptiert und mitgetragen werden müssen. Die Stärke autoritärer Regimes, über die Interessen und die Rechte einzelner hinwegregieren zu können, ist zugleich auch immer ihre Schwäche, wenn es auf das Verhalten und das Verantwortungsbewusstsein eben dieser einzelnen ankommt. Das autoritäre Denken hat sich zugleich als völlig unvorbereitet und überfordert erwiesen, wenn es um die Reaktion auf eine Krise geht, die die Gesundheit und das Leben insbesondere der schwachen Mitglieder der Gesellschaft bedroht. Anders formuliert: Es ist dem autoritären Denken, das von Stärke und Durchsetzungsfähigkeit gegenüber anderen geprägt ist, nicht immanent, sich um Alte, Schwache und Vorerkrankte zu sorgen und das (volks) wirtschaftliche Wachstum unter das Gemeinwohl zu stellen. Dies ist ein Grund dafür, dass insbesondere die neuen autoritären Führer (noch) demokratischer Gesellschaften derzeit ein besonders klägliches Bild abgeben.

Die vermeintliche Schwäche demokratischer Gesellschaften, politische und administrative Entscheidungen erst legitimieren zu müssen, während Eingriffe in die (wirtschaftliche, soziale und private) Freiheit der Bürger nur dann möglich sind, wenn besondere Anforderungen erfüllt sind (Verhältnismäßigkeit, Angemessenheit, Rechtmäßigkeit), wird zu ihrer Stärke, wo es zum Schutz der Bevölkerung auf die Bevölkerung ankommt. Dass hierzulande die verhältnismäßig milden Maßnahmen sich bislang als sehr erfolgreich erwiesen haben, lag (neben materiellen Voraussetzungen) auch an der hohen Akzeptanz, die diese in der Bevölkerung

genießen. Ein großer Unterschied zwischen dem autoritären Denken und demjenigen, das die Freiheit selbstbestimmter Bürger ins Zentrum stellt, liegt eben auch darin, dass der autoritäre Staat seinen Untertanen misstraut, während Demokratie im Kern auf die Vernunft und Verantwortlichkeit von Bürgern setzt. Daran ändern auch die erlebten Rückfälle in die autoritär-staatliche Sprache, wie die Rede von »Helden« (gemeint sind Krankenpflegerinnen und Busfahrer) im Grundsatz nichts, während dadurch andererseits die große Aufgabe, die materiellen Voraussetzungen der Freiheit überhaupt erst zu schaffen, nicht obsolet wird. Wer wissen will, wo die materiellen Grenzen bürgerlicher Freiheit verlaufen, muss nicht auf eine der griechischen Inseln fliegen, wo Flüchtlinge entrechtet und interniert werden; ein Besuch in einer der Sammelunterkünfte ausgebeuteter osteuropäischer Arbeiter in der deutschen Fleischindustrie reicht völlig aus.

Dass die Freiheit der Menschen und ihre materielle Gleichheit wenigstens als Chancengleichheit sich wechselseitig bedingen, wurde nicht von Robespierre erfunden und nicht von Christian Lindner widerlegt. Die deprimierende Armut der einen, die den Reichtum der anderen erst schafft, sorgt zugleich für ihre Rechtlosigkeit, ohne dass dies ihre eigenen Regierungen und Eliten aus der Verantwortung entlässt. Weil beides nicht zu trennen ist, setzt **wadi** seit demnächst drei Jahrzehnten auf Entwicklung durch Inrechtsetzung. Immer dann, wenn sich Menschen für ihre konkreten sozialen und gesundheitlichen Rechte einsetzen, um diese durch eigenes Handeln für sich und andere zu sichern, werden aus Untertanen oder Almosenempfängern Bürger, die durch ihr Handeln eine Verantwortung übernehmen, die über die nackte Existenzsicherung und den Schutz der eigenen Familie hinaus reicht.

> Autoritäre Staaten misstrauen ihren Untertanen, Demokratien vertrauen auf die Vernunft der Bürger.

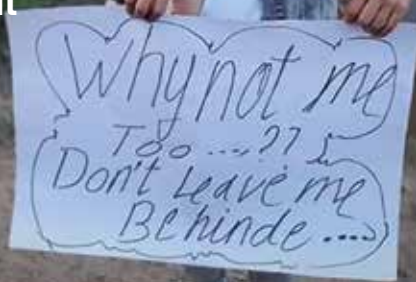
Es ist kein Zufall, dass die von uns unterstützten Initiativen auch in der Corona-Krise aktiv geworden sind. Ob in Suleimaniyah, dem lokalen Hot-Spot der Infektionsentwicklung im Nordirak, oder im Flüchtlingscamp Moria auf Lesbos. In beiden Fällen reagieren Initiativen auf das völlige staatliche Versagen angesichts der Corona-Pandemie – in Suleimaniyah auf eine planlose und überforderte Verwaltung, die zwischen vollständigem Lock-Down und vollständiger Sorglosigkeit schwankt und die Menschen weitgehend im Unwissen über die Pandemie lässt; in Moria auf die geplante Verantwortungslosigkeit der EU, die tausende Menschen auch dort unter völlig ungeschützten Bedingungen einpfercht, wo Aufklärung und Vorsorge möglich wären. Über beide Entwicklungen berichten wir in diesem Rundbrief.

Dass viele andere Projekte derzeit nicht möglich sind, weil wir die Gesundheit unserer Mitarbeiter*innen und aller Beteiligten schützen müssen, hat gravierende Auswirkungen. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Prävention von Gewalt sowie auf der Inrechtsetzung von Frauen und Kindern. Nichts wäre dringender nötig zur Zeit, als dies, und doch liegen viele Aktivitäten derzeit gezwungenermaßen brach. Um möglichst bald wieder dort weitermachen zu können, wo wir zur Verhinderung weiterer Infektionen vorübergehend aufhören mussten, benötigen wir mehr denn je ihre Unterstützung.

don't leave them behind

In den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln organisieren sich die Bewohner selbst gegen Müll, Krankheit und Folgen der organisierten Verantwortungslosigkeit Europas.

von Isis Elgibali (wadi)



Von Anfang an blickten die Mitarbeiter*innen von **wadi** mit großer Sorge auf die schnelle Ausbreitung des Corona-Virus. Schon bald wurde klar, dass die Epidemie sich ausgerechnet auf die Verwundbarsten, die Menschen in den Flüchtlingslagern, besonders verheerend auswirken könnte. Das Virus durfte nicht in die Lager gelangen! Als andere NGOs ihre Mitarbeiter*innen abzogen, entschied Wadi, zu bleiben und mit den vorhandenen, sehr begrenzten Mitteln einige grundlegende Maßnahmen zum Schutz vor Corona zu ergreifen.

Es ging nicht darum, dort hineinzugehen und den Leuten zu erklären, was sie zu tun haben. So arbeitet **wadi** grundsätzlich nicht.

Wir wollten Flüchtlingsgruppen, die sich bereits selbst organisiert hatten, technisch und logistisch unterstützen, um gemeinsam mit ihnen schließlich die Moria Coronavirus Awareness Teams (MCAT) ins Leben zu rufen.

wadi unterstützt bereits seit 2018 die griechische Flüchtlingshilfsorganisation ›Stand by me Lesbos‹, die ebenfalls eng mit den Flüchtlingsgruppen kooperiert.

So machten wir uns gemeinsam mit Flüchtlingen, die in ihrer afghanischen Heimat Apotheker*innen oder Ärzte gewesen waren, daran, dieses Corona-Aufklärungsteam Wirklichkeit werden zu lassen.

Dabei ging es vor allem um Informationen und einfache Verhaltenstipps von Flüchtlingen für Flüchtlinge, um so eine kollektive Mobilisierung gegen die enorme Bedrohung durch das Virus zu erreichen. Zu dieser Zeit, Anfang März, verließen die meisten der vielen anwesenden Nichtregierungsorganisationen wegen der Pandemie die Insel. Das hinterließ einen nachhaltigen Eindruck auf die Flüchtlinge. Viele fühlten sich im Stich gelassen, aber viele verstanden das auch als Hinweis darauf, dass sie sich letztlich nur auf sich selbst verlassen könnten. Sie kannten selbst ihre Probleme am besten und wussten, wie man sie lösen könnte.

Die selbstorganisierten MCAT konnten sehr schnell und effektiv reagieren. Innerhalb weniger Tage wurden Poster gedruckt und aufgehängt, Masken genäht und an die besonders Gefährdeten ausgegeben, Distanzregeln vor der Essensausgabe und dem Supermarkt durchgesetzt. Es wurde dazu aufgerufen, Kontakte nach außen einzustellen und vorerst auf der Insel zu bleiben.

Die entschlossenen Aktivitäten des MCAT inspirierten andere, sich ebenfalls selbst zu organisieren und aktiv zu werden. So formierten sich die »Moria Weißhelme«, die sich des großen Müllproblems und der sich daraus ergebenden Gesundheitsrisiken annahmen. Das Moria-Camp und der umliegende so genannte »Dschungel« galten in den letzten fünf Jahren als dreckiger Ort – als Ort, an dem sich niemand um irgendetwas kümmerte. Niemand kümmerte sich schließlich um all die Leute, die hier gestrandet waren, und es schien auch so, als kümmerte es auch diese Leute nicht, im Elend zu leben. Zunehmend wurden die Menschen mit den Verhältnissen, in denen sie leben mussten, identifiziert: dreckig, elend, stinkend. Die »Moria Weißhelme« haben Hunderte Stunden Knochenarbeit investiert, um das Lager und die umliegenden Gebiete vom Müll zu befreien.



Damit dies so bleibt, haben sie verschiedene Mechanismen entwickelt, u.a. ein System für die Rücknahme von Plastikflaschen.

Das inspirierte auch über Lesbos hinaus. Auf der Insel Leros, auf der es ein ähnliches Lager gibt, sahen einige die Aktivitäten auf Facebook und kontaktierten uns, um sich Tipps zu holen, wie man auch dort ein Projekt mit selbstorganisierten Flüchtlingen starten könnte. So entstand das LCAT, das Leros Coronavirus Awareness Team. Diese



Gruppe führte ähnliche Aufklärungsmaßnahmen durch. Sie löste sich später auf und eine neue Gruppe namens ›Leros Refugee Youth Group‹ folgte.

Im Nordirak setzt **wadi** die Corona-Aufklärung mit der neuen 4C-Kampagne (Citizen to Citizen Corona Campaign) unter dem Hashtag #beresponsible fort. Zentrale Botschaften sind der Zusammenhalt und die individuelle Verantwortung: »Jede*r hat eine Verantwortung, das Virus zu bekämpfen. Schaden wir uns gegenseitig oder helfen wir uns? Allein wir selbst – wir, das Volk – bestimmen unser Schicksal, nicht die Regierung oder andere Mächte, auf die wir uns nicht verlassen können.«

Die Kampagne sieht sich als Teil der Kampagne gegen Gewalt, denn angesichts der Lage ist es eine Form von Gewalt gegen andere, wenn man sich nicht verantwortlich verhält, keine Maske trägt und keinen Abstand hält.

Die letzten Monate haben die Kraft und unmittelbare Wirkung von Selbstorganisation gezeigt. Sie haben gezeigt, wie unglaublich effektiv Menschen – ob Flüchtlinge oder nicht – ihre Probleme angehen können, wenn sie die geeigneten Mittel und Inspirationen dazu erhalten.

Folgend geben wir die Stimmen von einigen wieder, die all diese Aktivitäten möglich gemacht haben. Mehr Informationen zur Arbeit von **wadi** in den griechischen Flüchtlingslagern erhalten Sie auf unserer Internetseite.



Omid aus Afghanistan, 31 Jahre alt, Pharmaziestudium 2014, floh 2018:

»Dass wir uns selbst organisieren, ist sehr wichtig. Bisher haben alle immer darauf gewartet, dass andere etwas für sie tun. Also kam Anfang März, im Corona-Lockdown, diese Idee. Die meisten NGOs waren weg, und wir wurden hier zurückgelassen, ohne Hilfe, ohne Informationen. In dem Moment, wo wir so gefährdet waren, war es bitter nötig, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nahmen.

Wir haben uns abgesprochen und dann nach Freiwilligen gesucht: wer hat Interesse, etwas zu tun – von Flüchtlingen für Flüchtlinge. Wir mussten etwas tun, denn es war klar, niemand würde kommen und uns helfen. Wir haben gebildete und gut ausgebildete Leute ausgewählt, Ärzte, Krankenpfleger, Studenten. Dann kamen wir in Kontakt mit Stand by me Lesbos (SBML) und sie unterstützten uns. Wir bildeten ein Team von 14 Leuten, um die Quarantäne zu erklären, denn die Leute in Moria haben kaum Zugang zu Nachrichten. Wir haben zusammen mit den Leuten von SBML Poster gemacht und sie überall aufgehängt. Ich glaube, was wir gemacht

haben, war sehr effektiv, und die Leute waren froh, denn sie wollten Informationen, sie wollten sich nicht mit dem Virus anstecken. Das lief wirklich gut, sie befolgten unsere Hinweise und machen das immer noch.«

Zeinab Abdollahi aus Afghanistan, 18 Jahre alt, Mitglied des Moria Corona Awareness Teams:

»Als Corona sich weltweit verbreitete, haben wir dieses Team selbst gebildet. Wir haben angefangen, im Camp zu arbeiten. Wir haben den Leuten erklärt, wie sie sich schützen können. Wir Einwanderer können eigentlich alles selbst in die Hand nehmen, wir brauchen nur ein wenig organisatorische Hilfe.

Eine der Ideen der MCAT-Gruppe war das Flaschenprojekt. Das läuft heute super mit der Hilfe von SBML. Jeden Tag werden 10.000 leere Wasserflaschen gesammelt, meistens von Kindern. Für zehn leere Flaschen bekommen sie ein gekühlte volle. Unser Einsatz schützt die Umwelt und sorgt für Sauberkeit rund um das Camp. Die Leute schmeißen die Flaschen nicht mehr weg, sondern sammeln sie, um sie abzugeben.«

Mohammed Taluli:

»Dieses immer Gleiche hier im Lager und dass die Leute keine Initiative zeigen – ich musste einfach etwas tun, um die Leute zu motivieren, mal ein paar Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Also haben wir die LCAT-Gruppe gegründet, als Reaktion auf die Bedrohung durch das Virus. Wir wollten das Camp sauber machen und die Leute über Gefahren aufklären. Daraus ist dann eine Organisation geworden, die Kinder im Camp fördert und ihre Kreativität weckt und auch Frauen unterstützt.«



Warum wolltest du aktiv werden?

»Ich war schon aktiv, als ich noch im Gazastreifen war. Ich habe Informations- und Aufklärungsveranstaltungen organisiert, und Demonstrationen für humanitäre Forderungen. Das Leben in Gaza ist voll von Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung und es fehlt an Aufklärung über viele Themen. Mein Engagement hat mich mehrmals ins Gefängnis gebracht, man hat mich verfolgt, denn Aufklärung ist nicht im Sinne der religiösen Führer.«

Selbstorganisation – was war das für ein Prozess?

»Selbst – ja, es ging auf meine Initiative zurück, dass wir in Gaza Familien und Gruppen von jungen Leuten in Unis und Schulen besucht haben. Auch in meiner Wohnung haben wir manchmal solche Treffen abgehalten. „Selbst“ bedeutet, dass ich Freunde von dem überzeugen konnte, was ich glaube. Diese Ideen konnten wir in gemeinsame Aktion übersetzen und so humanitäre Ziele aktiv verfolgen.«

Hast du Verfolgung erfahren?

»Tatsächlich ist es in der ganzen Welt so, dass bestimmte Ideen angefeindet werden, aber in Gaza bedeutete das Gefängnis und Verfolgung. Das war schlimm, das konnte ich nicht mehr ertragen.«

Wie gehst du damit um?

»Ich habe im Gefängnis gelitten, aber ich habe es erduldet für den Erfolg und das erhabene Ziel, an das ich glaube und für das ich kämpfe.«

Glaubst du, dass du etwas verändern kannst?

»Das, was ich im Camp mache, beruht auf den Ideen, die ich auch schon in Gaza versucht habe, zu verwirklichen. Ich denke, jeder Tag ist eine Gelegenheit, zu schauen, was ich tun kann. Ich warte im Moment nicht auf eine Belohnung. Ich versuche nur, das, woran ich glaube, zu verankern und weiter zu verbreiten.«

corona in kurdistan

Die kurdische Region im Nordirak war relativ früh von der Corona-Pandemie betroffen. Die Behörden reagierten weitgehend planlos.

von Goran Abdullah und Anne Mollenhauer
(wadi)



ausgrenzung & legenden

Verharmlosung, Abwehr, Verschwörungstheorien – solche Reaktionen auf Corona-Pandemie waren und sind in Deutschland keine Seltenheit. Eine heterogene und durchaus lautstarke Minderheit hält die Maßnahmen für mindestens übertrieben und wittert ganz andere Motive hinter der Pandemiebekämpfung. Protestierende verleihen mit der Klage über vermeintliche Sprechverbote und diktatorische Verhältnisse vor allem ihren eigenen autoritären Sehnsüchten Ausdruck.

Auch im kurdischen Nordirak existieren viele irrationale Interpretationen. Doch sie entstanden vor einem anderen Hintergrund und haben andere Folgen als in Deutschland. Und: Vielfach wurden sie von einem relevanten Anteil der Bevölkerung geteilt. Die Auswirkungen waren und sind verhängnisvoll, denn angesichts des unzureichenden Gesundheitssystems und der prekären wirtschaftlichen Lage wäre es gerade jetzt unabdingbar, dass alle zusammenstehen und gemeinsam vernünftige Maßnahmen und Verhaltensregeln unterstützen.

Dr. Goran Zangana, Arzt und Associate Research Fellow am Middle East Research Institute (MERI) in Erbil, unterstützt Wadi's Corona-Aufklärungsprogramm mit seiner Expertise und gibt uns hier einen Überblick über die wichtigsten Tendenzen und Reaktionen der letzten Monate in der kurdischen/nordirakischen Bevölkerung.



دهست له دهم و
چاوت مهده



Es lief tatsächlich so ähnlich ab wie in Albert Camus' Roman »Die Pest«. Die Menschen in Kurdistan reagierten in drei Phasen, die alle schon die Saat von Stigma und Diskriminierung in sich trugen:

Zuerst meinten die Leute, der Ausbruch sei unbedeutend, genau wie in Oran in Camus' Roman. Bürger und auch die Behörden ignorierten alle Hinweise darauf, dass da etwas sehr Schwerwiegendes auf uns zukommen



له قه ره بالغي خۆت دوور بخه ره وه



könnte. Sie erkannten die Bedrohung zu spät. Das brachte einige Legenden hervor.

Bevor die Epidemie im Land angekommen war, meinten die Leute, sie seien anderen Gesellschaften überlegen, die es bereits erwischt hatte. Man glaubte, Kurden seien immun gegen COVID-19, weil sie von religiöser Reinheit seien oder weil sie bestimmte Gene oder einen hohen Vitamin D-Spiegel oder mehr Sonnenlicht hätten. Mullahs in Kurdistan behaupteten zum Beispiel, ganz wie der Pater Paneloux in ›Die Pest‹, dass nur diejenigen sich infizieren würden, die islamisch Verbotenes, wie etwa lebende Fledermäuse, äßen. Dieser Logik zu Folge sollten ›reine‹ Muslime kein COVID-19 bekommen.

Dieses religiös motivierte Leugnen führte zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Durchsetzung öffentlicher Gesundheitsmaßnah-

men, wie etwa der Schließung von Moscheen und der Verhinderung religiöser Versammlungen. Es führte aber auch zu regelrechter Diskriminierung von ›Ungläubigen‹ oder von Menschen aus Ländern, die stark betroffen waren. Chinesen beispielsweise durften sich nur eingeschränkt im Land bewegen und wurden an den Grenzen zurückgewiesen. Andersherum wurden engagierte Leute, viele davon aus dem Gesundheitssektor, die vor den Folgen der Epidemie warnten, als Panikmacher verschrien. Es hieß, sie verglichen unzulässigerweise die ›reine‹ kurdische Gesellschaft mit verkommenen ausländischen. Man unterstellte ihnen auch politische oder wirtschaftliche Motive.

Das anfängliche Leugnen der Gefahr lässt sich einfach erklären – es war getrieben von dem Wunsch, das gewohnte Leben weiterzuführen und der Wirtschaft keinen Schaden zuzufügen. Früher oder später fielen aber diese Narrative in sich zusammen, weil sie es nicht vermochten, die Ausbreitung der Epidemie zu erklären. Die Menschen sahen sich unvermittelt mit der Realität konfrontiert.

Ende Mai begann die zweite Phase. Das Virus wurde zum nicht mehr zu leugnenden Faktum, als es sich in Kurdistan verbreitete. Die Leute begannen, nach Erklärungen zu suchen. Eine verbreitete These lautete, dass COVID-19 eine ausländische Krankheit sei, die von außen in das Land gebracht werde. Dieses Narrativ findet sich eigentlich überall, wo epidemische Ausbrüche stattfinden. So wurden beispielsweise iranische Lastwagenfahrer, die Waren in den Irak bringen, beschuldigt. Kurdische Studenten, die aus dem Iran und Zypern zurückkehrten, wurden zwangsweise in Quarantäne gesetzt. Viele beschuldigten arabische Touristen aus dem mittleren und südlichen Irak, das Virus einzuschleppen. Als die Zahlen dann immer mehr in die Höhe schnellten, konzentrier-

ten sich die Spekulationen zunehmend auf einheimische Verdächtige. Ausgerechnet das Gesundheitspersonal wurde von manchen für das schwache Gesundheitssystem und die unzureichende Versorgung verantwortlich gemacht. In den sozialen Medien tauchen Berichte auf, denen zu Folge die Test-Kits, mit denen bei Verdacht auf Corona Rachenabstriche vorgenommen werden, das Virus enthielten. So solle das Virus verbreitet werden. Medizinisches Personal, das streikte, weil es sei Monaten keinen Lohn erhalten hatte, musste sich oft anhören, das es feige und unmenschlich handle, weil es seine Patienten ausgerechnet in der Stunde der größten Not im Stich lasse. Diese Wut trug möglicherweise auch dazu bei, dass mehrere Gesundheitseinrichtungen in der kurdischen Region attackiert wurden, darunter das Städtische Krankenhaus in Kifri, das verwüstet wurde.

Wenn nun das Infektionsgeschehen in Kurdistan seinen Höhepunkt erreichen und schließlich wieder abflauen wird, dann werden wahrscheinlich noch einmal andere Legenden aufkommen. Wir haben diese Phase noch nicht erreicht, aber bestimmte Entwicklungen sind absehbar. Familienmitglieder und Verwandte von Menschen, die an COVID-19 gestorben sind, werden vermutlich sozial gemieden und in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Zum Beispiel hat einer der beliebtesten Falafel-Imbisse in Suleimaniya keine Kundschaft mehr, weil sein Inhaber an Corona verstorben ist. Hotels und Motels, die für die Quarantäne bestätigter oder vermuteter Infizierter benutzt wurden, könnten in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, weil viele sie in Zukunft lieber meiden. Mehr noch: Krankenhäuser, in denen Corona-Patienten behandelt werden, könnten ebenso stigmatisiert und von Patienten gemieden werden.



ماوهی نیوان یه کتر پارێژن



Kurzum: Es entwickelte sich ein Corona-Stigma, und infizierte Menschen wurden in der Kurdenregion zunehmend ausgegrenzt. Diese Stigmatisierung und Diskriminierung entstand aus irrationalem Denken und Verhalten, das wiederum auf Furcht und Angst vor dem Virus beruhte. Die Legenden und die daraus resultierenden Verhaltensweisen bedürfen der gründlichen Untersuchung. Man muss sie in die gegebenen kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Kontexte einordnen. Ohne ein solches Verständnis laufen öffentliche Gesundheitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie Gefahr, zu scheitern.

Die aktuelle Situation unserer Mitarbeiter*innen in Irakisch-Kurdistan im Juli

Im letzten Monat hat sich die Situation in Kurdistan und insbesondere in Sulaymania, wo **wadi** seit über 20 Jahren sein Büro unterhält, gravierend verschlechtert.

Insgesamt wurden in den vier kurdischen Provinzen 11.571 Fälle registriert, am 16. Juni waren es nur 2.473. Die Provinz Suleimaniya ist, vermutlich aufgrund der Nähe zum Iran, überdurchschnittlich betroffen, 7.672 der registrierten Fälle leben in der Provinz Sulaymania. Davon sind 3.789 aktiv, 3.531 genesen, 352 Menschen verstorben und 121 Infizierte neu registriert .

Reisen zwischen den Provinzen sind weiterhin nicht möglich. Dieses Reiseverbot besteht mit kurzen Unterbrechungen seit Mitte März. Zwischendurch gab es schärfere Auflagen, manchmal durfte man noch nicht einmal in eine andere Stadt fahren, manchmal durfte man sich selbst innerorts nicht bewegen. Wurden zunächst nur vereinzelt Fälle entdeckt, steigen die Zahlen seit Juni rasant. Der erste Infektionsfall wurde am 1. März registriert. Seitdem verhängte und verlängerte die Regierung zahlreiche unterschiedlich strenge Lock-Downs. Anfang Mai protestierten viele Händler, es gab Demonstrationen; die Regierung reagierte prompt mit Erleichterungen. Das Gesundheitsministerium warnt angesichts der aktuell stark steigenden Zahlen vor einem Gesundheitsnotstand. Das Parlament und das höchste Gericht wur-

den nach Infektionsfällen geschlossen, Abgeordnete und Mitarbeiter*innen befinden sich in Quarantäne.

Zugleich befindet sich die Region in einer akuten Finanzkrise. Der dauerhaft niedrige Ölpreis und der weiter schwelende Streit mit Bagdad um die Öleinnahmen führen dazu, dass die Staatseinnahmen ausbleiben und damit die Gehälter des aufgeblähten staatlichen Sektors nicht gezahlt werden können. 80 % der Staatseinnahmen fließen in Gehälter für 20 % der Bevölkerung (PM Masrour Barzani). Diese Gehälter sind unmittelbar oder mittelbar existenziell für den Lebensunterhalt eines weiten Teils der Bevölkerung. Weder beim Staat noch in der Bevölkerung gibt es Reserven oder Auffangmechanismen – so schlägt die Krise ungebremst und augenblicklich durch.

Die Corona-Maßnahmen werden kurzfristig per Dekret verhängt. Eine öffentliche Diskussion findet nicht statt, unabhängige Experten kommen nicht zu Wort, Informationen über das Geschehen vor Ort sind über die dürren offiziellen Verlautbarungen (täglich neue Zahlen und Verordnungen) hinaus kaum zu bekommen. Offizielle Schutzempfehlungen betonen das regelmäßige Händewaschen und Desinfizieren von Gegenständen, raten aber vom Tragen von Schutzmasken für Gesunde ab und erwähnen das so essenzielle generelle Abstandsgebot sowie das Meiden von Menschenmengen erst gar nicht.² Zu Beginn der Pandemie schickte die Regierung dagegen Männer in weißen Anzügen, um Straßen zu desinfizieren.

Der Staat beansprucht die Deutungshoheit über das Virus und reglementiert die Medien. Die Menschen allerdings werden nicht eingebunden. Und entsprechend verhalten sich viele: Es gibt ein weit verbreitetes Misstrauen gegen die offizielle Berichterstattung, viele zweifelten gar lange Zeit an der Exis-




tenz des Virus in der Region und hielten die Berichte für vorgeschoben, um weitere Lock-Downs zu verhängen und die Gehälter nicht auszahlen zu müssen. Vielerorts werden die Auflagen umgangen, wo es nur geht. Andererseits sehen viele Menschen die Hilfslosigkeit der Behörden und die schlechte Ausstattung des Gesundheitssystems (der Nordirak verfügt nur über etwa 5 % der Beatmungskapazitäten Deutschlands pro Kopf), während sie seit Monaten wie paralysiert und gerade ältere Menschen voller Angst in ihren Wohnungen festsitzen. Ein einigermaßen vernünftiger, von Eigenverantwortung und Gemeinsinn getragener Umgang mit dem Virus ist den Menschen unter diesen Umständen kaum möglich.

Am Sonntag, den 26.7.2020 gehen unsere Mitarbeiter*innen zum ersten Mal seit einigen Wochen wieder gemeinsam ins Büro

– mit dem notwendigen Sicherheitsabstand und Masken während der Fahrt mit öffentlichen Transportmitteln. »Es ist so wichtig für uns, dass wir uns sehen und zusammen diskutieren, wie wir in dieser Situation unsere Aufklärungskampagnen sinnvoll und verantwortungsbewusst weiter führen können«, sagt unsere Mitarbeiterin Shokh Mohammed während einer Zoom-Konferenz. »Diese Videokonferenzen, oft sogar ohne Video, sind keine Alternative zum gemeinsamen Arbeiten ›face-to face‹. Wir überlegen jetzt, wie wir im Herbst wieder Trainings und Workshops durchführen können, unter Berücksichtigung der Präventivmaßnahmen, z.B. Treffen unter freiem Himmel, weniger Teilnehmer, Abstand halten etc. Wir haben schon viele Ideen!«

1 <https://gov.krd/english/>

2 <https://gov.krd/coronavirus-en/what-you-should-know/>



jede*r hat
ein recht
auf
schutz
und
gesundheit

Sars-CoV2 kann jeden treffen – unabhängig von Herkunft, Alter, Glaube oder Hautfarbe. Aber nicht jeder hat die gleichen Chancen, sich gegen eine Infektion zu schützen oder eine lebensrettende Behandlung zu bekommen.

wadi fördert Initiativen, die sich für den Schutz und die Rechte besonders gefährdeter Menschen einsetzen. Fördern Sie diese Arbeit mit.

Spendenkonto WADI e.V.: IBAN DE43 5001 0060 0612 3056 02 \ PBNKDEFFXXX

wadi : Herborner Str. 62 \ 60439 Frankfurt am Main \ tel: 069-57002440